

BULLETIN⁺

Für eine unabhängige und neutrale Schweiz





Lukas Reimann
Nationalrat
Präsident der AUNS
praesident@auns.ch



Getreue, liebe Mitlandleute, geschätzte Freunde der AUNS

Am Anfang des Bundes stand und steht der Wille zur Freiheit. Das haben die alten Eidgenossen verspürt, als sie sich vom Joch fremder Vögte befreiten. Das verspüren wir, wenn wir mit einem Blick in die Welt an die Hunderte und Aberhunderte von Millionen Menschen denken, die frei sein möchten und nicht frei sein können.

Frieden und Gemeinwohl – das waren die Ziele, die Uri, Schwyz und Unterwalden im Bundesbrief von 1291 vereinbarten. Angesichts der «schwierigen Zeitumstände» sicherten sie sich «gegenseitig Hilfe zu, um mit allen Mitteln gegen alle vorzugehen, die ihnen innerhalb wie ausserhalb ihrer Täler Gewalt oder Unrecht antun.»

Was die Eidgenossenschaft entstehen und bis heute erhalten liess, war ein Treueschwur, mit dem festen Willen, gemeinsam alles zu tun, um frei und unabhängig zu bleiben, um eine gerechte Ordnung zum Wohle aller zu schaffen. Wenn am 1. August auf Bergen und Hügeln die Feuer brennen, erinnern sie uns an die Mahnung zur Hilfeleistung in Gefahr, die während Jahrhunderten mit diesem Zeichen verbunden war. «Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr» bleibt aktuell in seiner nationalen und internationalen Dimension für uns Schweizerinnen und Schweizer und gerade während der Corona-Zeit wurde diese eidgenössische Solidarität auch gelebt wie schon lange nicht mehr. Gleichzeitig verspüren wir eine stille Freude, dass wir auch heute in Freiheit über unser Tun und Lassen entscheiden können. Wir spüren, dass frei nur bleibt, wer seine Freiheit gebraucht und dafür Zeugnis ablegt.

Ein klares Bekenntnis zur Schweiz geben alle ab, die sich jetzt mit aller Kraft für unsere Begrenzungsinitiative einsetzen.

Es ist die wichtigste Initiative für die Schweiz im 2020: Sie beauftragt den Bundesrat, die allen schadende EU-Personenfreizügigkeit auf dem Verhandlungsweg zu beenden. Jetzt wo Arbeitslosigkeit und Armut zunehmen, sollen Arbeitsplätze zuerst an Inländer gehen. Es ist wahrscheinlich die letzte Chance, die Schweizer Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu retten und eine 15-Millionen-Schweiz zu verhindern!

EU-Personenfreizügigkeit bedeutet ungebremste Zuwanderung. 500 Millionen EU-Europäer haben einen Rechtsanspruch, in die Schweiz einzuwandern, hier zu arbeiten und unsere Sozialwerke in Anspruch zu nehmen. Unsere Behörden können die Einwanderung nicht mehr steuern. Eine Ungleichbehandlung (Inländervorrang) ist verboten. Schweizerinnen und Schweizer werden durch Dumpinglöhne in die Arbeitslosigkeit gedrängt.

Selber bestimmen heisst: Wohlstand sichern! Erfolgreiche und weltoffene Länder kennen Einreisebestimmungen, die sich an Leistung/Bedarf/Integration orientieren und nicht danach, ob jemand einen EU-Pass hat oder nicht. Warum wohl? Weil sie selber bestimmen wollen, wer einwandern darf! **Zuwanderung selber bestimmen heisst: Wohlstand sichern, Arbeitsplätze sichern, Sozialwerke sichern. Dafür steht ein JA zu unserer Initiative! Ich danke Ihnen für das Engagement!**

ISSN 2234-9723

AUNS, Redaktion
Postfach
3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27
redaktion@auns.ch
Postkonto: 30-10011-5
IBAN: CH91 0900 0000
3001 0011 5

Abdruck mit Quellenangabe erwünscht.
Die Statuten der AUNS sind auf auns.ch abrufbar.

LEGATE

In einem Testament bestimmen Sie über Ihren Tod hinaus, was mit Ihrem Sparguthaben, Ihren Wertschriften und Liegenschaften geschehen soll. Wenn Sie die AUNS berücksichtigen, unterstützen Sie unsere Arbeit zum Erhalt der freien und neutralen Schweiz.

Herzlichen Dank.

Killer-Viren und Bioterrorismus

Interview mit a. Nationalrätin Barbara Keller-Inhelder, ehem. Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats, Rapperswil-Jona SG

Frau Keller-Inhelder, Sie haben im September 2019 zwei Vorstösse im Nationalrat eingereicht: «Gefährliche hochansteckende Krankheiten – Ist die Schweiz vorbereitet?» und «Wie viele infizierte Patienten können gleichzeitig versorgt werden?» Hatten Sie hellseherische Fähigkeiten?

Ich befasse mich seit vielen Jahren intensiv mit Sicherheitsthemen, u.a. auch mit Viren und Pandemien. Die Geschichte lehrt uns, dass es immer wieder zu hochansteckenden Krankheiten kommt, die viele Millionen von Menschenleben aus-

löschen: Pocken, Pest, hämorrhagisches Fieber, Typhus, Cholera, Russische, Spanische, Asiatische Grippe, SARS-CoV, Vogel-, Schweinegrippe, Ebolafieber etc. Die Menschen vergessen schnell. Aber man muss Vorkehrungen treffen, um Risiken zu reduzieren.

Die Medien haben sich im September 2019 nicht für Ihre Vorstösse interessiert, Sie waren der Zeit voraus...

Meine Fragen hätten das Bundesamt für Gesundheit BAG aufrütteln sollen. Die Antworten waren aber besorgniserregend sorglos und ig-

norant – man fokussierte nur auf mein Beispiel Ebola und klammerte Wesentliches aus.

Ich bin seit langem im Austausch mit Fachärzten aus der Virologie und Infektionsepidemiologie und wusste, dass die Schweiz nicht vorbereitet war. Wir haben es erlebt – kein Desinfektionsmittel, keine Schutzmasken, eine vollkommen unvorbereitete Bevölkerung, dazu falsche Schutzbehauptungen, wie Schutzmasken würden nichts nützen. Diese Aussage war verantwortungslos und man bringt sie nun fast nicht mehr aus den Köpfen.

Schutzmasken braucht es also?

Wenn Infizierte Schutzmasken tragen, schützen sie alle anderen zu einem sehr hohen Prozentsatz. Alle die noch nicht wissen, dass sie infiziert sind, aber im Zug, Tram, im Einkaufszentrum oder an einer Versammlung mit vielen Menschen vorsorglich eine Maske tragen, stecken damit andere wesentlich weniger an – und damit schützen sich alle gegenseitig. Aber die notwendigen Masken waren ja leider nicht in den Pflichtlagern vorhanden, genauso wenig wie Desinfektionsmittel. Letztere braucht es dringend, weil man sich im öffentlichen Verkehr oder an Veranstaltungen ja nicht die Hände waschen kann, nachdem man eine infizierte Haltestange, Türfalle etc. berührt hat.

Wie geht es nun weiter?

Die Bedrohung durch Killer-Viren und Pandemien wird zunehmen. Die gewaltige weltweite Mobilität unterstützt die schnelle Verbreitung von hochansteckenden Krankheiten.





Die absichtliche Verbreitung von Viren durch Bioterrorismus ist realistisch. Sicherheitsexperten warnen vor der Gefahr von Anschlägen mit Biowaffen. Man braucht kein Verschwörungstheoretiker zu sein, um Fragen nach dem Ursprung der Spanischen Grippe oder des aktuellen Coronavirus SARS CoV-2 zu stellen. Wenn demnächst ein Virus kommt, das der Spanischen Grippe gleicht,

müssen wir besser vorbereitet sein. Leben schützen und dabei die Wirtschaft nicht unnötig zum Stillstand bringen, muss die Devise sein. Ausserdem müssen wir unsere Grenzen kontrollieren und schützen und versorgungsrelevante Güter wieder in der Schweiz produzieren.

Das Gespräch führte AUNS-Geschäftsführer Werner Gartenmann



Von Unabhängigkeit und Abhängigkeit

«Je grösser der Markt, desto grösser der Wohlstand für alle», sagte der Begründer der klassischen Nationalökonomie Adam Smith. Projizieren wir dieses Zitat auf das Jahr 2020, ist aber auch die grosse Gefahr eines grossen Marktes ersichtlich: die Abhängigkeit. Wir haben die Produktion von Schutzmasken, Desinfektionsmitteln, Schutzhandschuhen und gewissen Medikamenten ausgelagert – bis nach Asien. Es rentiere schlicht nicht, solch «einfache» Güter bei uns zu produzieren. Doch dann kam CoVid-19. Plötzlich schossen die Preise für diese «einfachen» Güter in die Höhe oder sie waren gar nicht mehr lieferbar. Warum? Die Staaten leben das «First-Prinzip». «Unsere Produktion im Ausland» kaperten die netten Staaten für sich, unsere Nachbarn stoppten Lieferungen – nach dem Motto «Wir sind von Freunden umzingelt». Von diesem Zeitpunkt

an wurde mir klar, wie abhängig wir inzwischen vom Ausland sind. Sind wir in der Lage, grundlegende Dinge für die Bevölkerung selber zu produzieren und die Notlager bereitzuhalten? Was nützt uns ein grosser, grenzenloser Markt? Die Globalisierung und offene Märkte sind kein Teufelszeug. Sie bieten die Chance, dass die Menschen zu Wohlstand gelangen, so wie es auch Adam Smith sagte. Aber wichtig ist, dass ein Land fähig bleibt, sich zu verteidigen und seine Bevölkerung gegen die Vielfalt der Bedrohungen zu schützen. Dies gelingt durch eine sinnvolle, konsequente und gelebte Unabhängigkeit. Es ist wie beim Menschen: Freunde sind wichtig. Jedoch müssen wir uns bewusst sein, dass wir manchmal im Sturm alleine dastehen und in der Lage sein müssen, uns selber zu helfen.



Stephanie Gartenmann

Vorstandsmitglied
Junge AUNS

Matten b. Interlaken
stephanie-marion@
hotmail.com





Altweibersommer

Jeden Herbst erleben wir das Schauspiel der Natur aufs Neue. Auf den ersten Kälteeinbruch folgen warme, sonnige Tage. Tage, an denen die Sonne noch stark genug ist, um die morgendlichen Nebelfelder aufzulösen. Wir nennen dies den Altweibersommer. Es sind die letzten sommerlich-warmen Tage oder Wochen, bevor der Winter endgültig kommt. Mit etwas Melancholie schauen wir zurück auf den vergangenen Sommer. Es sind dies auch die Tage, während denen sich die Natur emsig auf den bevorstehenden Winter vorbereitet. Einige Tiere werden dabei sehr aktiv. Eichhörnchen sammeln Obst und Haselnüsse und vergraben sie in der Erde. Eichelhäher vergraben Eicheln im Boden. Meisen verstecken Samen und Kerne in Rindenspalten. Andere wiederum drosseln ihr Lebenstempo, um mit weniger durchzukommen.

Zeitenwende?

Die Coronavirus-Pandemie und der wirtschaftliche/politische Lockdown könnte man als einen solchen ersten Kälteeinbruch verstehen. In der Logik dieser Bildersprache käme folglich die Expansion und Beschleunigung der letzten Jahre und Jahrzehnte (der Sommer) zu einem Ende. Schwierigere Zeiten (ein Winter) stünden uns bevor. Zeiten, welche Rückbesinnung und eine Konzentration der Kräfte verlangen. Die Pandemie ist zurzeit am Abklingen, der Lockdown wird gelockert, es kehrt ein Stück Normalität zurück. Kommt jetzt, im Sinne unserer Bildersprache, ein solcher Altweibersommer?

Kluger Rat: Notvorrat

Wir wissen: Der Lockdown hat Existenzen zerstört und es droht eine Wirtschaftskrise als Folge davon. Wie es genau weitergeht, wissen wir noch nicht. Es wäre folglich nicht schlecht, es der Natur gleich zu tun. Dies hiesse, dass jeder von uns eigenverantwortlich handelt, um uns so gut wie möglich vorzubereiten. Es hiesse auch, dass wir in der Schweiz wieder vermehrt selber produzieren müssen. Und wo dies nicht möglich ist, einen Notvorrat zu sichern. Nur so werden wir stark genug sein, dass wir auch die gesundheitlich und wirtschaftlich Schwächeren schützen und mittragen können. Nur wenn wir die Abhängigkeit vom Ausland wieder abbauen können, können wir unsere Freiheit und Demokratie erhalten. Benjamin Franklin, einer der Gründerväter der Vereinigten Staaten, hat einmal gesagt: «Wer Freiheit für Sicherheit aufgibt, wird beides verlieren.» Dies müssen wir verhindern.

Produktivität statt Zombie-Wirtschaft?


Wer gut vorbereitet ist, für den hat der Winter auch schöne Seiten. Ergibt das etwas zur Gesundheit? Der erste Schnee hat immer etwas Versöhnliches an sich. Wenn die Gefahr eines weiteren Lockdowns gebannt ist, werden auch Investitionen und Firmenneugründungen kommen und die Wirtschaft sich erholen. Und nach dem Wintereinbruch geht es dann auch auf Weihnachten zu. Eigenverantwortlich. Gemeinsam. Innerhalb unserer Grenzen (überliefert von Niklaus von Flüe). Ohne Lockdown und in Freiheit.



Prof. Dr. Nicolas Szita
Vorstandsmitglied
AUNS
Welwyn Garden City
(Nähe London)
szita@auns.ch

IMD Lausanne
(International Institute for Management Development)


Die Schweiz ist wieder wettbewerbsfähiger

Rang	Land	Verschiebung
1	Singapur	–
2	Dänemark	+6
3	Schweiz	+1 
4	Niederlande	+2
5	Hong Kong	-3
6	Schweden	+3
7	Norwegen	+4
8	Kanada	+5
9	Ver. Arab. Emirate	-4
10	USA	-7
11	Taiwan	+5
12	Irland	-5
13	Finnland	+2
14	Katar	-4
15	Luxemburg	-3

[www.handelszeitung.ch, 16.06.2020]

Universitäts-Rangliste 2021

Top Ten ohne EU-Uni

RANG	UNIVERSITÄT	LAND
1	MIT	USA
2	Stanford University	USA
3	Harvard University	USA
4	Caltech	USA
5	University of Oxford	GB
6	ETH Zürich	
7	University of Cambridge	GB
8	Imperial College London	GB
9	University of Chicago	USA
10	UCL	GB

[Quelle: <https://www.topuniversities.com/>, Meldung auf www.srf.ch, 10.06.20]



Begrenzungsinitiative

Die Massenzuwanderung geht auch in der Krise ungebrochen weiter — +45%

In den ersten drei Monaten dieses Jahres stieg die Nettozuwanderung aus der EU um **45%**. Noch nie seit Einführung der Personenfreizügigkeit ist die Nettozuwanderung im Vergleich zum Vorjahr derart stark angestiegen. Allein im April – also während des Corona-bedingten Lockdowns – drängten rund 10'000 EU-Ausländer in den Schweizer Arbeitsmarkt, darunter 3'500 zusätzliche Grenzgänger. Wie eine Ende Mai vom Bund publizierte Statistik zudem zeigt, ist es ein Märchen, dass es sich bei den EU-Zuwanderern um dringend benötigte Fachkräfte handelt. Nur gerade 399 der im April zugewanderten EU-Ausländer sind im Medizin- und Gesundheitsbereich tätig. Gemäss Statistik verzeichneten das Gast- und das Baugewerbe, die Landwirtschaft sowie der Bereich Planung, Beratung und Informatik am meisten Zuwanderer.

«Eine andere Heimat haben wir nicht.»

Die Schweiz ist die letzte Bastion der Freiheit in Kontinentaleuropa. Nirgendwo sonst sind die Bürger derart selbstbestimmt, mündig und frei. Diesem historisch einmaligen Schatz, diesem mutigen Experiment namens direkte Demokratie, diesem strahlenden Erbe der liberalen Revolution, droht der Untergang. Unsere Souveränität wird, wie noch nie zuvor in der Geschichte des modernen Bundesstaates, angegriffen. Die Flamme der Freiheit droht für immer zu erlöschen. Die Linken und ihre willigen Komplizen, die Sozialisten aller Parteien, stehen kurz vor ihrem endgültigen Sieg: Der totale Unterwerfung durch die Europäische Union.

Der Bundesrat hat seinen Plan, der EU beizutreten, nie aufgegeben. Mit Kohäsionsmilliarden, wirtschaftlicher Stagnation und politischem Gehorsam schwören Bundesrat und eine Mehrheit des Parlaments Brüssel die Treue. Unablässig grüssen sie den Hut des Vogtes Matthiessen, der als EU-Botschafter im Namen der Kommissionspräsidentin von der Leyen für Ordnung und Fahntreue sorgen soll. Das Bankgeheimnis liegt bereits begraben. Das Recht auf Waffenbesitz erodiert zunehmend. Als die Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative beraten wurde, brach Bundesrätin Sommaruga das Kommissionsgeheimnis, begab sich auf den Weg nach Brüssel und bat unterwürfig um Genehmigung der Vorschläge der beratenden Kommission. Wenn es um die EU geht, gelten keine Regeln – es gilt Kadavergehorsam. Das Ende der Demokratie ist besiegelt, sollte das Rahmenabkommen Mehrheiten finden. Brüssel dürfte dann Schweizer Volksentscheide ausser Kraft setzen. Um Brüssel nicht zu verärgern, die Personenfreizügigkeit nicht zu gefährden, ist



den Unterwürfigen kein Preis zu hoch: Als das Coronavirus an der Grenze stand, blieb diese unverantwortlicherweise lange offen. Wertvolle Zeit ging verloren. Der EU zu dienen war wichtiger als Menschenleben zu retten.

Die Kräfte der Unfreiheit werden stärker, der Ton rauer: Im heiligen Zorn der Political Correctness verschwinden Mohrenköpfe, werden Statuen geschändet und Sprachgesetze erschaffen. Die roten,

hellgrünen und grünen Sozialisten gewinnen an Terrain. Das dürfen wir nicht akzeptieren.

Sozialismus endete immer in Terror, Leid und Tod. Mit neuen

Zwängen, Steuern und Abgaben wird

das Land geknechtet. Es ist höchste Zeit, dass eine konse-

quent bürgerliche Politik wieder gewinnt: Keine verfassungsfeindlichen Verknüpfungen (STAF), aber eine Wirtschaftspolitik, die allen dient, Eigenverantwortung statt staatlichem Vaterschaftsurlaub, keine neuen Lasten für das Gewerbe wie das desaströse CO²-Gesetz und keine Erpressung mehr durch die EU! Erinnern wir den Bundesrat daran, dass er für 41'285km² Schweiz verantwortlich ist – nicht für mehr, aber auch nicht für weniger. Erinnern wir unser Parlament daran, dass es dem Volk zu dienen hat und dass der Volkswille, und nur dieser, rigoros umzusetzen ist. Erinnern wir unsere Mitbürger daran, auf welchen Säulen die Schweiz steht, bevor diese fallen. Die Zeit rinnt rücksichtslos. Es liegt an uns, die Unabhängigkeit der Schweiz wiederherzustellen und zu beschützen. Wir müssen tun, was auch immer wir können, um dieses einzigartige Land zurück auf die Erfolgsstrasse zurück zu führen. Eine andere Heimat haben wir nicht. Intensivieren wir unsere Kämpfe! Aus Liebe zur Schweiz.



Nicolas A. Rimoldi
n.a.rimoldi@protonmail.ch
twitter: @narimoldi
www.narimoldi.ch

Nicolas Rimoldi arbeitet bei der Migros, beim «Schweizer Monat» und ist Kampagnenleiter der eidg. Volksinitiative «für eine sichere und vertrauenswürdige Demokratie (E-Voting-Moratorium)». Er war Vizepräsident der Jungfreisinnigen Kanton. Luzern.

Die Schweiz ist die letzte Bastion der Freiheit in Kontinentaleuropa.



Herger
trifft...
Valentin
Landmann

Unser junges AUNS-Mitglied Marc Herger aus Steinen SZ wird ab dieser Ausgabe regelmässig Gespräche mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Armee und Kultur führen. Marc ist Präsident der SVP-Ortspartei Steinen, im Vorstand der SVP Kanton SZ und Bezirk Schwyz sowie Stützpunktleiter der AUNS SZ.

Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Armee und Kultur

«Wenn ich sterbe könne man mich in eine Sanduhr stecken, dann arbeite ich weiter.»

Das Sommerinterview mit Valentin Landmann über Corona, die Begrenzungsinitiative und seine Herkunft. Dr. iur. Valentin Landmann, Rechtsanwalt (bekannt auch als «Milieuanwalt»), Buchautor, Kantonsrat SVP ZH, www.landmann.ch

Sie wurden letztes Jahr in den Zürcher Kantonsrat gewählt. Welche Erfahrungen konnten Sie bereits sammeln?

Sehr erfreut darüber war ich, dass ich trotz schwieriger Zeiten für die SVP ein gutes Resultat erringen konnte. Das Politisieren im Kantonsrat ist sehr interessant und facettenreich. Leider musste ich aufgrund von zwei Schulteroperationen mehrere Male aussetzen, bin aber zum Glück wieder auf dem Weg der Besserung. Die links-grüne Mehrheit zeigt sich leider auch im Kantonsrat, so zum Beispiel bei der Ausrufung des Klimanotstands oder bei der immer wieder geforderten Erhöhung der kantonal geregelten Motorfahrzeugsteuer. Auch bei solchen Anliegen versuche ich die andere Seite zu verstehen und immer ganz ohne Ideologie meine Meinung zu bilden. Durch Gespräche mit unterschiedlichsten Politikern, unter anderem in meinem Polittalk auf Schweiz 5,

hole ich mir andere Anregungen und gestalte so aktiv unsere kantonale Politik.

Der EU-Rahmenvertrag ist ein Dauerthema. Von der «classe politique» wird er immer verniedlicht und hinausgezögert. Was denken Sie über dieses Diktat aus Brüssel?

Dieser Vertrag wäre verheerend für die Eigenständigkeit der Schweiz. Viele Schweizer Europarechtler sind ja für eine weitere Anbindung an die EU, unter anderem auch mit diesem Vertrag. Die Aufgabe der SVP und der AUNS ist es, dieser Verwässerung der Eigenständigkeit entgegenzuhalten.

In Deutschland zum Beispiel hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die milliarden-schweren Staatsanleihenkäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) verfassungswidrig sind. Das Gericht stellt sich also ganz klar gegen den Europäischen Gerichtshof, der das

Kaufprogramm im Dezember 2018 abgesegnet hat.

Dieser Entscheid zeigt klar und deutlich, was wir ebenfalls wollen: Bilaterale Zusammenarbeit ist schön und gut, aber immer im Rahmen der Verfassung und nicht auf Kosten der Eigenständigkeit.

Generell sind völkerrechtliche Verträge gemäss deutschem Verfassungsgerichtshof auf der Stufe eines einfachen Gesetzes. In der Schweiz gilt dies leider nicht und man pilgert mit einer «Kniefallmentalität» nach Brüssel. Beim Rahmenvertrag müssen wir den Leuten mit einfachen Worten die Konsequenzen erklären.

Im Moment beherrscht das «Coronavirus» die Debatte. Wie beurteilen Sie das Vorgehen des Bundesrates?

Die Anfangsmassnahmen erachte ich als richtig und wichtig. Leider wurde dann der Notstand verhängt. Das heisst, die Schweiz verwandelt

sich in einen reinen Exekutivstaat, in dem Demokratie und verfassungsmässige Rechte mit einem Fingerschnipp ausgeschaltet werden können. Deshalb muss man als Bürger und Politiker erkennen, dass Nostandsregelungen eine extreme Ausnahme bleiben müssen. Notstand also nur bei Dringlichkeit und für kurze Zeit, sonst sind die Folgen immens für die Wirtschaft. Die Erotikbranche hat der Lockdown schwer getroffen. Anstatt den stark betroffenen Branchen Ausnahmeregelungen mit gesundheitlichen Auflagen zu genehmigen, erklang von vielen der Vorschlag, ein Grundeinkommen einzuführen und den Staat somit noch weiter auszubauen. Kritik des Nationalrats und der einzelnen Kantonsparlamente

die Mandanten herrschte also lange Zeit eine Ungewissheit. Auch war ich nicht mehr als Dozent an der Uni Luzern tätig, sondern hielt meine Vorlesungen teilweise digital.

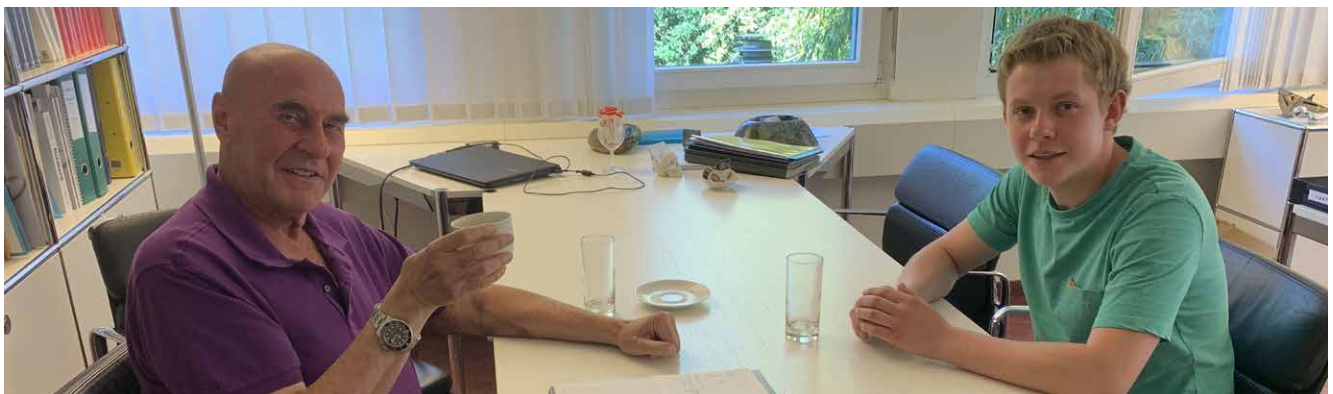
Am 27. September stimmen wir über die Begrenzungsinitiative, die als «Abstimmung des Jahrzehnts» gehandelt wird, ab. Sie gelten als prominenter Unterstützer. Wieso?

Wieso reden wir überhaupt über die Begrenzungsinitiative? Diese ganze Diskussion führten wir bereits 2014 bei der Masseneinwanderungsinitiative und das Verdikt des Volkes war mit der Annahme eben dieser klar. Diese erneute Diskussion ist die Folge der Nichtumsetzung. Spürbar sind die Auswirkungen der masslosen Zuwanderung von zirka 1 Million

immer wieder, es sei egal, wo diese Personen leben. Ich sage: «Nein, ist es nicht!» Schliesslich müssen ja wir dann als Land und damit verbunden das Volk die international geforderten Werte erfüllen.

Ein Thema, das Ihnen sehr am Herzen liegt, ist das Jugendstrafrecht. Wo gibt es Ihrer Meinung nach Handlungsbedarf?

Ich habe neulich bei einem Vorstoss mitgearbeitet, dass das Jugendstrafrecht kurz vor dem Übergang in das Erwachsenenstrafrecht flexibilisiert werden muss. Man stelle sich vor, ein 17-Jähriger erschießt einen Tag vor seinem 18. Geburtstag aus ideologischen Gründen in einem Personenbus 20 Personen. Er würde dann - weil er noch nicht volljährig



kam einzig und allein aus unserer Partei, da wir die Freiheit der Bürger als elementar sehen. Ebenfalls habe ich in den hiesigen Medien die Debatte, ähnlich wie bei der Klimadebatte, sehr vermisst. Leider verhielten sich die meisten als Sprachrohr des Bundesrats. Andere wichtige Themen wie z.B. die AHV oder die Begrenzungsinitiative traten in der medialen Berichterstattung komplett in den Hintergrund.

Wie haben Sie persönlich diese Zeit erlebt?

Für unsere Kanzlei war es ebenfalls ein grosser Einschnitt. Es wurden alle Gerichtstermine abgesagt, für

Leuten in zehn Jahren zum Beispiel bei den Kosten der Infrastruktur, bei dem Druck auf den Arbeitsmarkt sowie bei überfüllten Zügen und Strassen. Wie die AUNS bereits erwähnt hat: «Es wird eng.» Das Ganze wird irgendwann nicht mehr zu stemmen sein und den Preis muss der Mittelstand übernehmen. Wie in verschiedenen Situationen im Leben muss man wie bei der Einwanderung auch die Notbremse ziehen können und sagen: «Stop! Jetzt ist genug.»

Jedes Jahr die Stadt St. Gallen aufzunehmen, bedeutet eine extreme Umweltbelastung in so einem kleinen Land; leider hört man nichts dazu von Rot-Grün. So hört man

ist - nach dem Jugendstrafrecht verurteilt und wäre somit nach zwei Jahren wieder auf freiem Fuss. Beringe er die Tat einen Tag später, würde er mit Sicherheit lebenslanglich verwahrt. In so einem Fall muss es dem Richter möglich sein, auch vor dem 18. Geburtstag das normale Strafrecht anzuwenden.

Sie sagten einmal, Sie würden nie die Tat verteidigen, nur den Menschen dahinter. Gibt es niemanden, den Sie nicht verteidigen würden?

Nein, Delikte schrecken mich nicht ab. Es gibt andere Gründe, wieso ich immer wieder Fälle ablehne. Unter anderem wenn ich sehe, dass es to-

tal aussichtslos ist, wenn sich der Standpunkt meines Mandanten nicht vertreten lässt oder wenn er mich benutzt, um etwas Betrügerisches durchzusetzen, dann lehne ich entschieden ab.

Dieses Jahr wurde überall in Europa dem Ende des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren gedacht. Sie stammen aus einer jüdischen Familie. Erzählen Sie uns bitte etwas über Ihre Herkunft.

Meine Mutter Salcia Landmann stammte aus Galizien, das damals zu Österreich-Ungarn gehörte. Die Familie übersiedelte 1914, als sie noch ein Kleinkind war, in die Schweiz.

Mein Grossvater Julius Landmann stammte aus Lemberg und übersiedelte Anfang des 20. Jahrhunderts in die Schweiz. Meine Mutter wollte immer die versunkenen jüdischen Traditionen hochheben. Gelungen ist ihr dies unter anderem mit dem Bestseller «Der jüdische Witz». Während der Shoah habe ich viele Verwandte verloren, die ich leider als Nachkriegskind nicht kennenlernen konnte. Meine Mutter war konservativ und doch immer offen für alle Ideen. Durch ihre Kontakte zu Personen unterschiedlicher Parteien war es zuhause immer sehr lebendig und sie schätzte die Dis-

kussion. Sie achtete die Schweizer Demokratie, die zusammen mit der Unabhängigkeit der beste Garant gegen extremistische Strömungen ist. Ich denke, heute wäre sie sicher eine SVP-Wählerin.

Wie sehen Sie Ihre Zukunft?

Wenn es mir gesundheitlich auch in Zukunft gut geht, möchte ich wieder für den Kantonsrat kandidieren sowie möglichst lange als Anwalt arbeiten. Diese beiden Tätigkeiten bereiten mir Freude.

Im Namen der AUNS bedanke ich mich herzlich für das Gespräch.

Massenzuwanderung

Alarmierende Zahlen



CORONAKRISE

Langzeitarbeitslosigkeit droht: Arbeitsausfall für Ältere besonders prekär



Gemäss den Erhebungen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) waren Ende Mai 2020 155'998 Arbeitslose bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) eingeschrieben, 2'585 mehr als im Vormonat. Die Arbeitslosenquote stieg damit von 3,3% im April 2020 auf 3,4% im Berichtsmonat. Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhte sich die Arbeitslosigkeit um 54'628 Personen (+53,9%).

Jugendarbeitslosigkeit im Mai 2020

Die Jugendarbeitslosigkeit (15- bis 24-Jährige) erhöhte sich um 567 Personen (+3,3%) auf 17'758. Im Vergleich

Die Arbeitslosigkeit bei unter 25-Jährigen steigt - So schlimm trifft Arbeitslosigkeit junge Menschen



zum Vorjahresmonat entspricht dies einem Anstieg um 7'709 Personen (+76,7%).

Arbeitslose 50-64 Jahre im Mai 2020

Die Anzahl der Arbeitslosen 50-64 Jahre erhöhte sich um 654 Personen (+1,6%) auf 40'890. Im Vergleich zum Vorjahresmonat entspricht dies einer Zunahme um 11'811 Personen (+40,6%).

Verhältnis Schweizer - Ausländer

Von 155'998 Arbeitslosen waren 82'283 Schweizer (52,7%) und 73'715 Ausländer (47,3%).

Haarsträubende Gutachten gegen gesunden Menschenverstand



Luzi Stamm

Rechtsanwalt

ehem. Mitglied des
Nationalrats

Mitglied des
AUNS-Vorstands
stamm.luzi@gmail.com

Dass die Personenfreizügigkeit Probleme verursacht, ist offensichtlich; auch wenn die Architekten eines grenzenlosen Europas dies nicht wahrhaben wollen. Dass sich diejenigen, die sich bei uns für die Einführung der Personenfreizügigkeit einsetzen, bezüglich der resultierenden Einwanderung um das 10-Fache getäuscht haben, ist inzwischen allgemein bekannt und erschreckend genug.

Ebenso erschreckend ist, wenn auch heute mit ebenso haarsträubenden Gutachten wie vor 20 Jahren beschönigend dargestellt wird, wie notwendig die Personenfreizügigkeit für uns angeblich sei. In den Gutachten SEO, BAKBASEL und EcoPlan wird wissenschaftlich «bewiesen», der Schweiz würden ohne Personenfreizügigkeit bis 2035 angeblich Einkommensverluste von 144 Milliarden Fr. entstehen; «bis 2035 ist ein Einkommensrückgang von 13,02 Milliarden Fr. zu erwarten, also 1'894 Fr. pro Person.» Es ist beschämend, dass «Wissenschaftler» es wagen, solche pseudo-genauen Prognosen in die Welt zu setzen (Franken-genaue «Berechnungen» auf 15 Jahre hinaus?!).

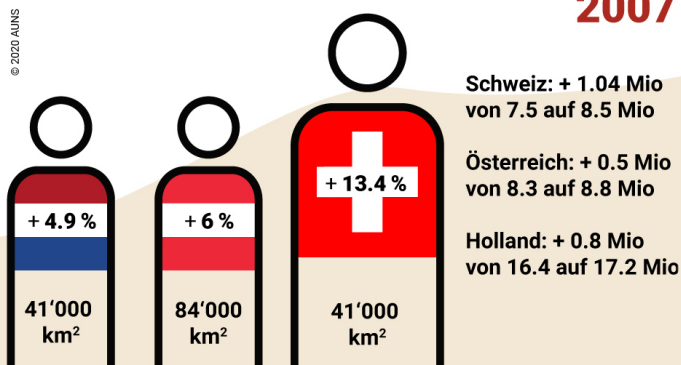
Dass eine gezielte Einwanderung für ein Land Vorteile bringt, ist selbstverständlich; aber nur dann, wenn eine Differenzierung zwischen

schädlicher und nützlicher Einwanderung gemacht werden kann. Entscheidend ist, ob ein Land die Freiheit behält, nur diejenigen einzuwandern zu lassen, die wirklich etwas leisten wollen. Wenn hingegen jede und jeder EU-Angehörige einen Rechtsanspruch besitzt, in die Schweiz einzuwandern, sagt bereits der gesunde Menschenverstand, dass dies für uns Nachteile bringt.

In Frankreich wurde bereits vor Jahren (vom damaligen Präsidenten Sarkozy) die Forderung «immigration choisie oui», mais «immigration subie non» laut, also «gewählte Einwanderung Ja», aber «aufgezwungene Einwanderung Nein». Dem ist kaum etwas beizufügen. Wer die Entwicklung in Europa mit offenen Augen betrachtet, muss zwangsläufig zu diesem Schluss kommen

Auch meine damaligen Erfahrungen als Mitglied des Europarats und als Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats haben bestätigt, dass die Personenfreizügigkeit überall in Europa Probleme bringt. Ein Beispiel: Bei meinem Besuch in Italien klagte der italienische Minister, dass in kürzester Zeit eine massive – nicht mehr kontrollierbare – Einwanderung aus den EU-Oststaaten erfolgt sei. «Allein aus Rumänien wurden wir innert kürzester Zeit von Hunderttausenden von Billigst-Arbeitern überschwemmt, die uns massivste Probleme bringen.» Als ich in Rumänien einen Vortrag hielt und am Podiumsgespräch einen hohen Beamten fragte: «Welche ausserpolitischen Probleme hat ihr Land?», antwortete dieser mit entwaffnender Ehrlichkeit: «Rumänien hat nur ein Problem: Uns rennt die Bevölkerung davon! Millionen haben Rumänien verlassen; in ganzen Landstrichen leben nur noch alte Leute und alleinerziehende Frauen.» Extremere Reaktionen erlebte ich höchstens noch in England: «Wir treten aus der EU aus, wenn die Zuwanderung so weiter geht.»

Bevölkerungswachstum nach Personenfreizügigkeit 2007 – 2018



Meinungsfreiheit

Liberaler Grundwert in Gefahr

Interview mit Christine Kohli, Geschäftsleiterin und Mitinhaberin eines KMU im Bereich Marketing und Kommunikation. Sie ist Mitglied der FDP und der AUNS. Das Gespräch führte Werner Gartenmann

Christine Kohli, Sie sind Mitinhaberin eines KMU und haben täglich mit Kommunikation zu tun. Was bedeutet für Sie Meinungsfreiheit?

Meinungsfreiheit ist für mich eines der wichtigsten Grundrechte in einer Demokratie. Ohne das Recht, die eigene Meinung frei äussern zu können, gibt es keine liberale Demokratie und keine liberale Gesellschaft. Gerade die aktuelle

Das Thema Überbrückungsrente ist eine Scheindiskussion. Damit soll kaschiert werden, worum es eigentlich geht: Es ist eine Carte blanche für Grosskonzerne, ältere Mitarbeitende zu entlassen. Weiter sollen die negativen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit abgemildert werden. Und schliesslich ist es ein unmoralischer Stimmenkauf gegen die Begrenzungsinitiative. Das

«Das Ganze ist ein Täuschungsmanöver!»



Thematik «Rassismus» zeigt, wie linke Kräfte wichtige Debatten für ihre eigene Sache missbrauchen: Nämlich die bürgerlichen Werte wie Freiheit, Eigenverantwortung, Eigentum und Demokratie zu bekämpfen. Damit wird jede sachliche Diskussion verunmöglicht. Grosse Sorgen bereitet mir, dass sich viele Leute von dieser lärmenden Minderheit verunsichern und beeinflussen lassen.

In der Arena-Sendung vom 5. Juni 2020 – Thema «Job weg – wegen Zuwanderung?» – bezogen Sie klipp und klar Position gegen die Überbrückungsrente für über 60-Jährige.

ist ungerecht und ein Täuschungsmanöver. Die Bevölkerung muss neutral informiert werden. Zudem ist es für mich als KMU-Frau völlig inakzeptabel, in einer wirtschaftlich angespannten Zeit eine neue Sozialversicherung zu schaffen, die wieder zu mehr Lohnabzügen führen wird.

Die Tamedia-Redaktion reagierte auf Ihren Auftritt mit einem längeren Artikel. Arena-Moderator Sandro Brotz wurde kritisiert, dass er den Zuschauerinnen und Zuschauern gegenüber Ihre AUNS-Mitgliedschaft nicht erwähnt habe.

Ich war erstaunt, dass mein Mini-Auftritt eine solche Aufmerksamkeit erhielt. Die

Arena-Redaktion wusste, dass ich von der AUNS-Geschäftsstelle empfohlen wurde und AUNS-Mitglied bin – da spielten alle mit offenen Karten. Aber ich äusserte mich als Bürgerin und KMU-Vertreterin. Im besagten Artikel wurde dann meine FDP- und AUNS-Mitgliedschaft thematisiert. Offenbar haben gewisse Kreise grosse Probleme damit, wenn man sich für eine unabhängige und neutrale Schweiz einsetzt. Nebenbei: Die Interessensverbindungen der anwesenden Parlamentarier wurden ja auch nicht erwähnt: Nationalrätin Schneider-Schneiter ist Mitglied der Geschäftsleitung *economiesuisse*, Nationalrätin Regine Sauter ist Mitglied des Geschäftsführerausschuss *economiesuisse*, Nationalrat Eric Nussbaumer ist Mitglied der NEBS (Neue Europäische Bewegung Schweiz).

Wie waren die Reaktionen?

Positiv! Viele erkannten mein sachliches Anliegen und fragten sich, was denn daran falsch sein sollte, dass man seine Meinung offen sagt. Und es ist ja klar: Wenn ich als NEBS-Mitglied «enttarnt» worden wäre, hätte sich niemand aufgeregt. Schlimmer erwischte es den Schokoladenhersteller Läderach. Nach dem Rauswurf bei Swiss erlebte die Unternehmerfamilie Läderach einen Shitstorm. Man warf ihr vor, sie habe

eine christlich-fundamentalistische Gesinnung. Offenbar gelten Meinungs- und Religionsfreiheit nur für bestimmte Kreise. Ein innovativer Arbeitgeber wurde innert kürzester Zeit an den Pranger gestellt. Man nahm in Kauf, dass ein verdientes Unternehmen Schaden nimmt, und riskierte dabei die Arbeitsplätze vieler Menschen. Solche «Hexenjagden» sind einer Schweiz unwürdig.

Wie sehen Sie die Situation der AUNS und was ist Ihr Appell?

Die AUNS setzt sich für eine starke, unabhängige, freie und neutrale Schweiz ein. Diese Anliegen teile ich voll und ganz. Die Schweizerinnen und Schweizer sollten wieder den Mut haben, sich für eine starke und unabhängige Schweiz einzusetzen – mindestens an der Urne. Wir sehen das jetzt im Abstimmungskampf für die Begrenzungsinitiative. Was nicht der staatlich verordneten Meinung entspricht, wird konsequent angegriffen und zum Schweigen gebracht. Das ist eine sehr gefährliche Entwicklung. Wir müssen aufpassen, dass wir unsere Meinungsfreiheit und politischen Mitwirkungsrechte nicht verlieren. Deshalb ist es extrem wichtig, sich nicht aus Frust über die *Classe politique* zurückziehen, sondern an der Urne ein Zeichen gegen die aktuelle Entwicklung zu setzen!

AUNS-Bulletin ist ein wichtiges Arbeitsinstrument

Das AUNS-Bulletin bildet aus meiner persönlichen Optik ein optimales Kommunikations- und Informationsinstrument im Sinne unserer Anliegen.

Das AUNS-Bulletin bildet insbesondere eine nachvollzieh- wie verifizierbare, unabhängige Informationsquelle in einem Medienzeitalter, welches von den Mainstream-Medien geprägt ist. Diese Mainstream-Medien suggerieren oftmals eine institutionelle Einbindung in die EU als das alternativlose Lösungselement in den bilateralen Interessenskonflikten.

In meiner täglichen Arbeit, in der Realwirtschaft, im Bereich des Gesundheitswesens, als Unternehmerin, bildet das AUNS-Bulletin ein wichtiges Informationsinstrument.

Als Politikerin ist das AUNS-Bulletin ein wichtiges Arbeitsinstrument, um mit den



AUNS-Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten die Informationen zu diskutieren sowie die damit verbundene Meinungsbildung zu begleiten. Als Politikerin bewegt mich aktuell die Thematik im Bereich des Institutionellen Rahmenabkommens (InstA) sowie das Thema der kontrollierten Zuwanderung nachhaltig.

Wir tragen als Politikerinnen und Politiker, Staatsbürgerinnen und Staatsbürger die letzte Entscheidungsverantwortung für unsere Schweizerische Eidgenossenschaft als Teil des Souveräns.

Der Erhalt der Unabhängigkeit, Neutralität, aber auch die Bewahrung von Traditionen und Werten, nimmt auch im Alltag einen wichtigen Stellenwert ein.



Elvira Hengeveld-Dumoulin

a. stv. Grossrätin
Vorstandsmitglied
AUNS Schweiz
Präsidentin AUNS
Graubünden
Mitglied im erweiterten
Vorstand SVP
Herrschaft/Fünf
Dörfer
Präsidentin SVP Zizers

SO SCHÜTZEN WIR UNS.



Abstand halten.



WEITERHIN WICHTIG:

- JA zur massvollen Zuwanderung
- JA zur Begrenzungsinitiative
- JA am 27. September 2020

Zuwanderung begrenzen

Sandra Schneider

Gross- und Stadträtin, Präsidentin Junge AUNS, Biel, schneidersandra@gmx.ch



Es braucht nun Jobs für Inländer!

Die wirtschaftlichen Verwerfungen aufgrund der Corona-Krise sind vielfältig und teilweise drastisch. Das spüren nicht zuletzt Schulabgänger, die eine Lehrstelle suchen. Aber auch junge Menschen, welche in den Mai- und Juni-Wochen ihren Lehrabschluss machen konnten, stehen vor einer ungewissen Zukunft. Viele von ihnen können in ihrem Lehrbetrieb nicht mehr weiterarbeiten. Und da ihnen wichtige Erfahrungen im Berufsleben noch fehlen, haben sie es umso schwerer, eine neue Stelle zu finden. Das Berufs- und Informationszentrum des Kantons Bern richtete nun extra eine Hotline ein, um diesen Menschen eine Unterstützung bei der künftigen Laufbahn bieten zu können.

Diese «SOS-Corona» getaufte Hilfsstelle wurde just am gleichen Tag präsentiert wie die Meldung, dass die Personenfreizügigkeit mit der EU wieder vollends in Kraft tritt. Dabei läge es auf der Hand, das

Freizügigkeitsabkommen aufgrund der ausserordentlichen Lage bis auf weiteres zumindest auszusetzen. Bundesbern scheint zu vergessen: Von der Corona-Krise ist ja nicht nur die Schweiz betroffen. Auch innerhalb der EU wird die aktuelle Lage dazu führen, dass die Migrationsströme weiter zunehmen werden. Das vergangene Jahrzehnt war aus wirtschaftlicher Sicht ein sehr positives. Dennoch – oder gerade deshalb – stiegen die Bevölkerungszahlen in der Schweiz um über eine Million Menschen an. Gut möglich, dass der Zuwanderungsdruck aufgrund der bedrückten Wirtschaftslage noch weiter zunimmt. Betroffen sind aber nicht nur junge Leute, sondern auch Menschen der Altersklasse 50+. Seit Jahren steigt die Tendenz, diese Gruppe zu entlassen und durch billigere Arbeitskräfte aus dem Ausland zu ersetzen. Auch hier drängt sich eigentlich eine Verschärfung der Zuwanderungsregeln an. Stattdessen wollen Bundesrat

und Parlament von dieser Fehlentwicklung ablenken und die Probleme mit neuen Überbrückungsrenten kaschieren. Bei diesen Geldleistungen handelt es sich im Grunde um nichts anderes als eine neue Form der Sozialhilfe. Es fragt sich nur, wer die immensen Kosten dereinst bezahlen soll. Die Arbeitslosenzahlen steigen, wobei die Ausgesteuerten gleich gänzlich aus der Statistik fallen.

Es braucht nun dringend ein Umdenken. Die Zuwanderung muss wieder eigenständig gesteuert werden. Das bedeutet nicht, die Schweiz vom Ausland abzuschotten, ganz im Gegenteil. Es sollen aber künftig nur noch jene Arbeitskräfte kommen, die in der einheimischen Wirtschaft auch wirklich fehlen. Sorgen wir dafür, dass die Arbeit der Generation 50+ wieder Wertschätzung erhält, und dass junge Menschen eine faire Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten! Ja zur Begrenzungsinitiative!

Personenfreizügigkeit auch für italienische Sans-Papiers?

Fragestunde im Nationalrat

Italien will 600'000 illegale Migranten legalisieren – durch die Personenfreizügigkeit können sie alle spätestens in einem Jahr in die Schweiz kommen.

Laut Medienberichten plant die italienische Landwirtschaftsministerin Teresa Bellanova, den Aufenthalt von 600'000 illegalen Migrantinnen und Migranten (Sans-Papiers) zu legalisieren.

- Wenn diese Personen einen legalen Aufenthaltsstatus haben, können sie dann auch von der Personenfreizügigkeit mit der Schweiz profitieren?

- Beabsichtigt der Bundesrat zu verhindern, dass sie in die Schweiz einreisen? Wie?
- Hat er davon Kenntnis, ob auch andere EU-Staaten Sans-Papiers legalisieren wollen?

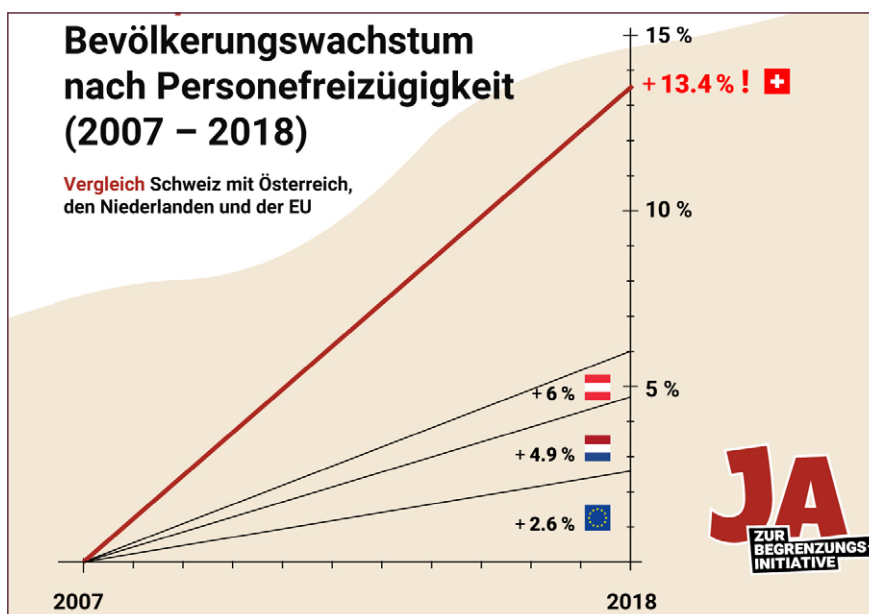
Antwort des Bundesrats vom 08.06.2020

Die Regularisierung von Sans-Papiers in Italien hätte nur marginale Auswirkungen auf die Schweiz. Drittstaatsangehörige können sich nämlich nur dann auf die Personenfreizügigkeit berufen, wenn sie für maximal 90 Tage im Jahr als Arbeit-



Nationalrat Piero Marchesi (SVP TI)

nehmende in die Schweiz entsandt werden und wenn sie zuvor seit mindestens einem Jahr auf dem regulären Arbeitsmarkt in einem EU-/EFTA-Mitgliedsstaat zugelassen waren. Diese Bedingung dürfte bei den regularisierten Sans-Papiers kaum erfüllt sein. Alle anderen Freizügigkeitsrechte sind EU-/EFTA-Staatsangehörigen und ihren Familienangehörigen vorbehalten. Sofern Drittstaatsangehörige mit Aufenthaltstitel in einem Schengen-Mitgliedstaat die üblichen Einreisevoraussetzungen erfüllen, können sie grundsätzlich von der Reisefreiheit im Schengen-Raum profitieren, zum Beispiel als Touristen, sobald die Grenzen wieder geöffnet werden. Bestrebungen von anderen EU-/EFTA-Staaten zur Regularisierung von Sans-Papiers sind dem Bundesrat nicht bekannt.



weniger EU

mehr
Schweiz

www.schweiz-jetzt.ch

Der Blog «Schweiz-jetzt» ist die unabhängige, parteiübergreifende Plattform für Ihre Meinung, für Ihre Ideen, für Ihre Hintergrundberichte. Die direkte Demokratie lebt von der Vielfalt der Standpunkte. Von der Kreativität ihrer Bürgerinnen und Bürger. Schweiz jetzt? Ja.

Der Blog hat das Ziel, allen eigenverantwortlichen Menschen unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung eine Stimme zu geben. Der Austausch der Ideen stärkt die Meinungsäusserungsfreiheit, die Meinungsbildung,

Ihre Meinung
gestaltet unsere
Politik.



den politischen Prozess, die Demokratie. Der Blog ist eine Idee der überparteilichen Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS).



Bundeshausplitter

Sommersession aus dem Pseudo-Bundehaus BernExpo

- Parlament: Swisscoy-Armeeinsatz im Kosovo wurde bis 2023 verlängert, personell (um 30 auf 195 Angehörige) und finanziell (41 Mio. Fr. jährlich) ausgebaut. AUNS: War und bleibt ein neutralitätswidriger Aktivismus ohne politischen Erfolg vor Ort.
- Parlament: Überbrückungsrente für über 60-Jährige als neues Sozialwerk geschaffen. AUNS: Soll Begrenzungsinitiative stoppen – fauler Abstimmungsstrick!
- Der Nationalrat will in den nächsten vier Jahren maximal 11,252 Milliarden Fr. für die internationale Zusammenarbeit ausgeben. AUNS: Aussenpolitischer Aktivismus!



Mitmachen! Und liken, teilen, gefällt mir! Kommentieren?

Twitter: @AUNS_CH

Facebook: Begrenzungsinitiative.JA

www.randvoll.ch

www.auns.ch

Blog: www.schweiz-jetzt.ch



Bei Fragen steht Ihnen unsere Geschäftsstelle gerne zur Verfügung:
info@auns.ch, Tel. 031 356 27 27

Agenda



24. Juli 2020

Murten/Umgebung: Eine Veranstaltung zur Erinnerung. Zur Gegenwart. Und zur Zukunft.

Mit Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg. Jetzt anmelden!

Talon in der Beilage oder auf www.auns.ch



29. August 2020

10.30 Uhr, Kaserne Bern, Bern: 34. ordentliche Mitgliederversammlung AUNS.

Schriftliche Einladung folgt Ende Juli 2020.



13. September 2020

Aare Thun-Bern: Schlauchbootfahrt mit Polit-Workshop der Jungen AUNS mit den Nationalräten Mike Egger und Lukas Reimann

Anmeldungskarte folgt oder auf www.auns.ch nachschauen.

